

Prof. Dr. Robert Uerpmann-Witzack

Fakultät für Rechtswissenschaft

93040 Regensburg

robert.uerpmann-witzack@ur.de

<https://www.ur.de/rechtswissenschaft/oeffentliches-recht/uerpmann-witzack/>

Vorgaben der Europäischen Menschenrechtskonvention für die staatliche Verwaltungsgerichtsbarkeit

I. Einleitung

1. Die Europäische Menschenrechtskonvention als Instrument des Europarats

Mein Beitrag hat die Vorgaben der Europäischen Menschenrechtskonvention für den Verwaltungsprozess zum Gegenstand. Dieser völkerrechtliche Vertrag ist Teil der Friedensordnung, mit der nach dem zweiten Weltkrieg zunächst Westeuropa neu geordnet wurde. Er wurde im Rahmen des Europarates ausgearbeitet und am 4. November 1950 als Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten in Rom unterzeichnet. Mittlerweile hat sich die griffige Bezeichnung „Europäische Menschenrechtskonvention“ eingebürgert, kurz: EMRK.

Die EMRK ist nicht Teil der Europäischen Union, sondern des Europarates.¹ Der Europarat wurde 1949 noch vor den Europäischen Gemeinschaften gegründet. Er umfasste schon früh ganz Westeuropa. Nach dem Ende des kalten Krieges traten ihm nahezu alle Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas bei, so dass er nunmehr zur gesamteuropäischen Organisation geworden ist. Während die Europäische Union ohne das Vereinigte Königreich nur 27 Staaten umfasst, kommt der Europarat auf 47 Mitgliedstaaten.² Die Türkei und Russland sind ebenso Mitglieder des Europarats wie Armenien, Aserbaidschan und Georgien. Die Ukraine trat ihm am 9.11.1995 bei. Lediglich Weißrussland wurde aus politischen Gründen noch nicht aufgenommen. Da der Europarat nach Art. 4 Satz 1 seiner Satzung³ nur europäischen Staaten offensteht, scheint die Aufnahme weiterer Nachfolgestaaten der Sowjetunion wie Kasachstan ausgeschlossen.

Inhaltlich steht der Europarat für die großen gemeineuropäischen Werte der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit bzw. Herrschaft des Rechts (*rule of law*).⁴ Werden diese Werte innerhalb Europas grundsätzlich in Frage gestellt, führt dies auch den Europarat in eine Krise. Die Europäische Menschenrechtskonvention ist das wichtigste Werk des Europarates. Über ihre Einhaltung wacht der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, der seinen Sitz ebenso wie der Europarat in Straßburg hat. Man kann also auch vom Straßburger Gerichtshof sprechen oder kurz vom EGMR.

¹ Zum Europarat R. Uerpmann-Witzack, Europarat, in: Armin Hatje/Peter-Christian Müller-Graff (Hrsg.), Europäisches Organisations- und Verfahrensrecht (Enzyklopädie Europarecht, Bd. 1), 2014, § 25.

² S. die Mitgliederliste in der Vertragssammlung des Europarats unter: <https://www.coe.int/en/web/conventions/full-list/-/conventions/treaty/001/signatures>.

³ European Treaty Series No. 1; abrufbar unter: <https://www.coe.int/en/web/conventions/full-list>.

⁴ Uerpmann-Witzack (Fn. 1), Rn. 1, 6-8, 38-40, 75, 83.

2. Einschlägige Vorgaben für die Verwaltungsgerichtsbarkeit

Die EMRK enthält in ihren Artikeln 2 bis 18 einen Grundrechtskatalog, wie er aus nationalen Verfassungen bekannt ist. Zu den Grundrechten der EMRK gehören auch Justiz- und weitere Verfahrensgarantien. In meinem Beitrag werde ich mich auf zwei Garantien konzentrieren, nämlich auf die Artikel 6 und 13. Art. 6 EMRK trägt die Überschrift „Recht auf ein faires Verfahren“. Tatsächlich handelt es sich um einen Justizgewährleistungsanspruch, der den Zugang zum Gericht ebenso verbürgt wie ein Verfahren, das hohen rechtsstaatlichen Standards genügt, sowie eine effektive Urteilsvollstreckung. Allerdings ist sein Anwendungsbereich beschränkt auf Verfahren, die entweder einen zivilrechtlichen Bezug aufweisen oder aber strafrechtlicher Natur sind. Damit scheint die Verwaltungsgerichtsbarkeit zunächst ausgeschlossen. Der EGMR hat die Begriffe der Konvention jedoch autonom ausgelegt⁵ und dabei insbesondere den Zivilrechtsbezug soweit ausgedehnt, dass auch der verwaltungsrechtliche Individualrechtsschutz zum größten Teil von Art. 6 EMRK erfasst wird. Zum Strafrecht i.S.v. Art. 6 EMRK gehört insbesondere auch das Ordnungswidrigkeitenrecht, also die Ahndung von sog. Verwaltungsunrecht,⁶ doch soll dies im Folgenden nicht weiterverfolgt werden. Nur wenige Rechtsbereiche wie das Ausländer- und Asylrecht sind dem Anwendungsbereich des Justizgewährleistungsanspruchs nach wie vor verschlossen.

Damit nähert sich Art. 6 Abs. 1 EMRK dem allgemeinen Justizgewährleistungsanspruch des Art. 47 der Grundrechtecharta der Europäischen Union (EUGRC) an. Art. 47 EUGRC ist in seinem Anwendungsbereich nicht auf Zivil- und Strafverfahren beschränkt, gilt allerdings seinerseits gemäß Art. 51 Abs. 1 GRC nur für die Organe der Europäischen Union sowie für EU-Mitgliedstaaten im Anwendungsbereich des Unionsrechts.⁷ Da Art. 47 EUGRC für Nicht-EU-Staaten wie die Ukraine und Kasachstan nicht gilt, wird er nicht weiter behandelt. Hier soll es um den gemeineuropäischen Standard der EMRK gehen, so wie er vom EGMR herausgearbeitet worden ist.

Im Folgenden werde ich zunächst auf den Anwendungsbereich von Art. 6 EMRK eingehen (II.), bevor ich seine inhaltliche Tragweite ausleuchten werde (III.). Dabei werde ich mich auf Art. 6 Abs. 1 EMRK beschränken. In seinen Absätzen 2 und 3 enthält Art. 6 EMRK spezielle Garantien für den Strafprozess, die im Verwaltungsprozess mit Ausnahme des eben erwähnten Ordnungswidrigkeitenrechts grundsätzlich nicht relevant werden. Da ein kleiner Teil der verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten nach wie vor nicht von Art. 6 EMRK erfasst wird, werde ich abschließend der Frage nachgehen, welche Verfahrensgarantien Art. 13 EMRK in diesen Fällen aufstellt (IV.). Art. 13 EMRK garantiert kein gerichtliches Verfahren aber immerhin ein Recht auf eine wirksame Beschwerde für den Fall, dass möglicherweise ein anderes Konventionsrecht verletzt wurde.

⁵ So ausdrücklich EGMR (Große Kammer), Urt. v. 5.10.2000, Beschwerdenr. 39652/98, Rn. 34 – Maaouia/Frankreich m.w.Nachw. Alle Urteile des EGMR sind in der Entscheidungsdatenbank des EGMR unter: <https://hudoc.echr.coe.int/>, im englischen und/oder französischen Original abrufbar. Bisweilen sind dort auch ukrainische oder deutsche Übersetzungen verfügbar. Die Fundstellen aller deutschen Übersetzungen von EGMR-Entscheidungen sind unter <http://egmr.org/>, nachgewiesen.

⁶ S. EGMR, Urt. v. 21.2.1984, Beschwerdenr. 8544/79, Rn. 46-56 – Öztürk/Deutschland.

⁷ Zum Umfang der Bindung der Mitgliedstaaten s. nur EuGH, Urt. v. 26.2.2013, Rs. C-617/10, ECLI:EU:C:2013:105, Rn. 19-22 – Åkerberg Fransson.

II. Verwaltungsprozesse als zivilrechtliche Streitigkeiten i.S.v. Art. 6 EMRK

Der Anwendungsbereich von Art. 6 EMRK ist schon deshalb schwer zu bestimmen, weil die unterschiedlichen Sprachfassungen der Konvention voneinander abweichen. Völkerrechtlich maßgeblich sind ausweislich der Schlussklausel der EMRK allein der englische und der französische Originaltext. Beide weichen erheblich voneinander ab. Während sich die englische Fassung auf „civil rights and obligations“ bezieht, werden im französischen Text „droits et obligations de caractère civil“ angesprochen. Das französische Original ist der deutschen Übersetzung nahe. Es lässt an die Unterscheidung von Zivilrecht und Verwaltungsrecht denken, die die kontinentaleuropäischen Rechtsordnungen prägt. Mit England umfasst der Europarat aber auch ein Common-law-System, dem die Trennung von Zivil- und Verwaltungsrecht weitgehend fremd ist. Dementsprechend lässt der englische Begriff der „civil rights“ eher an Bürgerrechte denken. Erfasst würden damit vor allem Streitigkeiten über Freiheit und Eigentum, auch wenn sie prozessual dem Verwaltungsrecht zugeordnet sind.

1. Grundsätzliches

Der EGMR nutzt diese sprachliche Offenheit für eine weite Auslegung. Man hätte die Begriffe des Art. 6 EMRK als Verweisungen auf das jeweilige nationale Recht verstehen können. Zivilrecht wäre dann das, was das nationale Recht als Zivilrecht einordnet. Damit würde sich der Anwendungsbereich des Art. 6 EMRK von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat unterscheiden. Beispielsweise hinge die Geltung von Art. 6 EMRK für sozialversicherungsrechtliche Streitigkeiten davon ab, ob das jeweilige nationale Recht die Sozialversicherung öffentlich-rechtlich oder zivilrechtlich ausgestaltet. Das erscheint unbefriedigend. Daher hat der EGMR den Begriff des Zivilrechts von den nationalen Rechtsordnungen gelöst. Es handelt sich damit um einen gemeineuropäischen Begriff, der autonom auszulegen ist.⁸ Man spricht von einer sogenannten autonomen Auslegung. Dabei wird natürlich auch rechtsvergleichend geschaut, was die unterschiedlichen europäischen Rechtsordnungen als Zivilrecht ansehen. Wird ein Bereich übereinstimmend dem Zivilrecht zugeordnet, spricht alles dafür, dass er auch Art. 6 EMRK unterfällt. Der rechtsvergleichende Ansatz bildet aber nur den Anfang bei der Suche nach einem gemeineuropäischen, konventionsrechtlichen Begriff.

Dabei ist der EGMR von den zu entscheidenden Einzelfällen ausgegangen und hat im Laufe der Zeit Fallgruppen herausgebildet. Eine Definition des Zivilrechts sucht man in dieser Kasuistik vergebens. Zu beobachten ist vielmehr ein einzelfallbasiertes Tasten. Die neuere Forschung charakterisiert dies als inkrementellen Ansatz: Der EGMR tastet sich in seiner Rechtsprechung von Fall zu Fall fort.⁹ Da es, anders als im anglo-amerikanischen Recht, keine förmliche Präjudizienbindung gibt, kann der EGMR seine Linie relativ leicht korrigieren. Freilich sucht er einen grundsätzlichen Bruch mit früheren Urteilen zu vermeiden.

2. Vorliegen eines Individualrechtsstreits

Erste Voraussetzung für eine rechtliche Streitigkeit i.S.v. Art. 6 EMRK ist, dass die nationale Rechtsordnung dem einzelnen überhaupt ein materielles prima-facie-Recht einräumt. Das Recht muss sich aus der nationalen Rechtsordnung begründen lassen. Art. 6 Abs. 1 EMRK hat also den Individualrechtsschutz im Sinne von Art. 19 Abs. 4 GG im Blick, bei dem der Kläger

⁸ O. Fn. 5.

⁹ S. dazu nur *Janneke Gerards*, Margin of Appreciation and Incrementalism in the Case Law of the European Court of Human Rights, *Human Rights Law Review* 18 (2018), 495 (507-512).

eigene Rechte geltend macht. Die Vorschrift gilt für die sog. Verletztenklage¹⁰, nicht für bloße Interessenten und Popularklagen. Damit erfasst Art. 6 EMRK auch nicht die sog. Verbandsklage. Klagt beispielsweise die Deutsche Umwelthilfe gegen die Feinstaubbelastung in deutschen Städten und erstreitet sie Fahrverbote für ältere Dieselfahrzeuge,¹¹ macht sie keine eigene materielle Rechtsposition geltend.¹² Es handelt sich von vornherein nicht um eine Streitigkeit i.S.v. Art. 6 Abs. 1 EMRK.

Ob das geltend gemachte Recht tatsächlich besteht, ist eine Frage der Begründetheit. Darauf kommt es für die Verfahrensgarantien des Art. 6 EMRK nicht an. Es kommt auch nicht darauf an, ob das nationale Recht selbst Durchsetzungsmechanismen bereitstellt. Dass es eine Klagemöglichkeit geben muss, ist nicht Voraussetzung für die Anwendung von Art. 6 EMRK, sondern dessen Rechtsfolge.¹³

3. Zivilrechtsbezug

Geht es um den Zivilrechtsbezug, verlangt der EGMR nicht, dass die Streitigkeit selbst zivilrechtlicher Natur sein muss. Vielmehr stellt er maßgeblich auf die Auswirkungen eines Rechtsstreits ab: Zivilrechtlichen Charakter haben danach solche Streitigkeiten, die sich auf zivilrechtliche Rechtspositionen auswirken.

Zu den klassischen zivilrechtlichen Rechtspositionen gehört das Eigentum. Stellt man auf die Auswirkungen ab, sind verwaltungsrechtliche Streitigkeiten dann als zivilrechtlich zu qualifizieren, wenn sie sich auf die Nutzung des eigenen Eigentums auswirken. Damit fällt zunächst das öffentliche Baurecht weitgehend in den Anwendungsbereich des Art. 6 EMRK. Regelt das öffentliche Recht, wie ein privates Grundstück bebaut und genutzt werden darf, regelt es den Umgang des Eigentümers mit seinem Privateigentum. Ein Streit um die bauliche Nutzung und Nutzbarkeit ist damit zivilrechtlicher Natur. Der Streit um eine Baugenehmigung wird also regelmäßig ebenso in den Anwendungsbereich von Art. 6 EMRK fallen wie der Streit über eine baurechtliche Nutzungsuntersagung oder eine Abrissverfügung. Auch bauplanungsrechtliche Streitigkeiten können Art. 6 EMRK unterfallen, soweit es um die Bebaubarkeit eines konkreten privaten Grundstücks geht. So hat das deutsche Bundesverwaltungsgericht die verwaltungsgerichtliche Normenkontrolle nach § 47 VwGO vollkommen zurecht an Art. 6 EMRK gemessen, weil der private Grundstückseigentümer damit eine Verletzung in eigenen Rechten geltend machte.¹⁴

Zum klassischen Zivilrecht gehört aber neben dem Eigentum auch das private Vertragsrecht. Das private Vertragsrecht bildet die rechtliche Grundlage der beruflichen und gewerblichen

¹⁰ Zur Begrifflichkeit aus der Sicht des deutschen Verwaltungsprozessrechts *Friedhelm Hufen*, Verwaltungsprozessrecht, 10. Auflage 2016, Rn. 54.

¹¹ Zu dieser Problematik im Überblick *Martin Will*, Neues zu den sog. Diesel-Fahrverboten, Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht 2019, 17 ff.

¹² BVerwG, Urt. v. 5. 9. 2013 – 7 C 21/12, BVerwGE 147, 312, Rn. 43-50, geht zwar davon aus, dass der zugrundeliegende § 47 Abs. 1 Bundesimmissionsschutzgesetz in unionsrechtskonformer Auslegung auch Umweltverbänden ein Klagerecht einräumt. Dabei handelt es sich aber um eine Rechtsposition, die nur aus prozessualen Gründen zugewiesen wird und nicht zum Schutz individueller Interessen des Verbandes. So spricht auch das BVerwG, a.a.O., Rn. 18 f., von einer Verbandsklage. *Sabine Schlacke*, Zur fortschreitenden Europäisierung des (Umwelt-)Rechtsschutzes – Schutznormdoktrin und Verfahrensfehlerlehre erneut unter Anpassungsdruck, NVwZ 2014, 11 (13 f.), charakterisiert diese Klage als Interessentenklage.

¹³ S. im einzelnen *Christoph Grabenwarter/Katharina Pabel*, Europäische Menschenrechtskonvention, 6. Aufl. 2016, § 24 Rn. 5-7.

¹⁴ BVerwGE 110, 203=NvWZ 2000, 810; dazu auch *Robert Uerpmann-Witzack*, Die Bedeutung der EMRK für den deutschen und den unionalen Grundrechtsschutz, JURA 2014, 916 (922).

Tätigkeit von Arbeitnehmern und Unternehmern. Arbeitnehmer werden aufgrund zivilrechtlicher Verträge beschäftigt. Auch Selbständige schließen für ihre Tätigkeit Verträge: Wer eine Tankstelle betreiben will, muss ein passendes Grundstück pachten und Benzin einkaufen, das er dann weiterverkauft. Alles vollzieht sich auf der Grundlage des privaten Vertragsrechts. Macht das Öffentliche Recht den Betrieb der Tankstelle von einer Genehmigung abhängig, und kommt es über diese Genehmigung zum Streit, wirkt sich das auf die zivilrechtliche unternehmerische Tätigkeit aus. Der Streit um die öffentlich-rechtliche Genehmigung ist mithin zivilrechtlicher Natur.¹⁵ Dasselbe gilt, wenn einem Arzt wegen berufsrechtliche Verfehlungen die Approbation entzogen wird, so dass er nicht mehr als Arzt praktizieren darf.

Da das Privatvermögen ebenfalls dem Zivilrecht zuzuordnen ist, begründet auch der vermögensrechtliche Charakter einer Streitigkeit dessen zivilrechtliche Natur. Damit wird das Staatshaftungsrecht, soweit es auf Geldersatz gerichtet ist, ebenfalls von Art. 6 EMRK erfasst. Dasselbe gilt für vermögensrechtliche Ansprüche der Beamten, mag auch das Beamtenverhältnis im Öffentlichen Recht wurzeln.¹⁶ Streitigkeiten über die Beamtenbesoldung oder Altersbezüge werden damit von Art. 6 EMRK erfasst.

Mittlerweile ist der EGMR noch weitergegangen und sieht beamtenrechtliche Streitigkeiten regelmäßig im Anwendungsbereich von Art. 6 EMRK, soweit um Beschäftigungsbedingungen oder Vergütung gestritten wird und es sich damit um „gewöhnliche Arbeitsstreitigkeiten“¹⁷ handelt. Der EGMR stellt Beamte damit zivilrechtlich beschäftigten Staatsbediensteten gleich, solange es nicht besondere Gründe dafür gibt, beamteten Staatsdienern den gerichtlichen Rechtsschutz nach Art. 6 EMRK zu verweigern. Eine Ausnahme soll nur noch dann gelten, wenn kumulativ zwei Voraussetzungen erfüllt sind: Zum einen muss das nationale Recht den gerichtlichen Rechtsschutz für die entsprechenden Streitigkeiten ausdrücklich ausschließen und zum anderen muss dieser Ausschluss durch vernünftige Gründe des Staatsinteresses gerechtfertigt sein.¹⁸ Dies hat der EGMR erst jüngst im Fall Denisov/Ukraine erneut bestätigt.¹⁹ Dort ging es um die Absetzung eines Gerichtspräsidenten. Für den EGMR handelte es sich schon deshalb um eine zivilrechtliche Streitigkeit, weil das ukrainische Recht einen Rechtsweg für die dienstrechtliche Streitigkeit eröffnete. Dasselbe würde für Deutschland gelten, wo schon wegen der Rechtsweggarantie des Art. 19 Abs. 4 GG jede beamtenrechtliche Streitigkeit vor Gericht gebracht werden kann.

Auch das Sozialrecht wird zumindest in großen Teilen vom weiten Zivilrechtsbegriff der EMRK erfasst. So zählte der EGMR die gesetzliche Krankenversicherung bereits im Jahr 1986 trotz ihres öffentlich-rechtlichen Charakters zum Zivilrecht. Ausschlaggebend waren der persönliche und wirtschaftliche Charakter der erworbenen Ansprüche, die Verbindung mit

¹⁵ S. auch EGMR, Urt. v. 19.3.1997, Beschwerdenr. 18357/91, Rn. 39 – Hornsby/Griechenland, zum Streit über die Genehmigung für die Eröffnung einer privaten Sprachschule; ferner EGMR, Urt. v. 21.12.2017, Beschwerdenr. 42758/05, Rn. 40 – Feldman and Slovyanskyy Bank/Ukraine zur Anordnung der Liquidation einer Bank durch die Nationalbank.

¹⁶ S. nur EGMR, Urt. v. 15.10.2009, Beschwerdenr. 40450/04, Rn. 45 – Yuriy Nikolayevich Ivanov/Ukraine zur finanziellen Entschädigung für eine Soldatenuniform.

¹⁷ EGMR (Große Kammer), Urt. v. 19.4.2007, Beschwerdenr. 63235/00, Rn. 62 – Vilho Eskelinen u.a./Finnland; Urt. v. 25.9.2018, Beschwerdenr. 76639/11, Rn. 52 f. – Denisov/Ukraine: „ordinary labour disputes“.

¹⁸ EGMR (Große Kammer), Urt. v. 19.4.2007, Beschwerdenr. 63235/00, Rn. 62 – Vilho Eskelinen u.a./Finnland.

¹⁹ EGMR (Große Kammer), Urt. v. 25.9.2018, Beschwerdenr. 76639/11, Rn. 53-55 – Denisov/Ukraine; zuvor schon EGMR, Urt. v. 9.1.2013, Beschwerdenr. 21722/11, Rn. 87 – Oleksandr Volkov/Ukraine.

dem Arbeitsverhältnis und die Parallelen zum privaten Versicherungsrecht.²⁰ Mittlerweile geht der EGMR so weit, dass er einen Einfluss des Rechtsstreits auf das durch Art. 8 EMRK geschützte, sehr weit verstandene Privatleben ausreichen lässt.²¹ So hat er beispielsweise auch umweltrechtliche Streitigkeiten dem Anwendungsbereich des Art. 6 EMRK unterstellt.²² Wehren sich beispielsweise Anwohner einer stark befahrenen Straße gegen die gesundheits-schädliche Feinstaubbelastung, die vom Straßenverkehr ausgeht, können sie sich auf den Schutz ihres Privatlebens und ihrer Wohnung gemäß Art. 8 EMRK berufen. Klagen sie Fahrverbote ein, die die Feinstaubbelastung reduzieren sollen, hat der Rechtsstreit also Auswirkungen auf ein Zivilrecht i.S.v. Art. 6 EMRK, so dass der Justizgewährleistungsanspruch eingreift, obwohl der Rechtsstreit nach § 40 Abs. 1 Satz 1 der deutschen Verwaltungsgerichtsordnung klar den Verwaltungsgerichten zugewiesen ist. Selbst einen presserechtlichen Auskunftsanspruch gegenüber einer staatlichen Wahlkommission hat der EGMR wegen des Bezugs zur journalistischen Berufsausübung bereits als zivilrechtlich eingestuft.²³

Damit bleibt die Frage, ob es überhaupt verwaltungsrechtliche Individualrechtsstreitigkeiten gibt, die nicht vom Justizgewährleistungsanspruch des Art. 6 EMRK erfasst werden. Tatsächlich ist dies zur seltenen Ausnahme geworden. Im Beamtenrecht bleibt den Staaten, wie gesehen,²⁴ die Möglichkeit, gerichtlichen Rechtsschutz in begründeten Ausnahmefällen gänzlich auszuschließen mit der Folge, dass Art. 6 EMRK keine Anwendung findet. Darüber hinaus hat sich der EGMR stets geweigert, das Ausländer-, Asyl- und Staatsangehörigkeitsrecht in den Anwendungsbereich des Art. 6 EMRK aufzunehmen.²⁵ In der Tat ist die Entscheidung, welche Ausländer sich im Staat aufhalten dürfen, eine klassische hoheitliche Entscheidung. Fragt man nach den Auswirkungen, zeigt sich allerdings, dass eine Entscheidung über das Aufenthaltsrecht massive Auswirkungen auf private Rechte haben kann: Wird ein Vater abgeschoben, hindert ihn dies daran, das Familienleben mit seinen Kindern im abschiebenden Staat fortzusetzen. Ebenso kann die Entscheidung über einen Aufenthaltstitel beispielsweise entscheidende Bedeutung für die Aufnahme oder die Weiterführung eines Arbeitsverhältnisses haben. Dennoch stellt der EGMR hier den hoheitlichen Charakter der Entscheidung über das Aufenthaltsrecht in den Vordergrund, so dass die Garantien des Art. 6 EMRK nicht eingreifen. Ebenso dürften Fragen des Steuerrechts²⁶ und der Wahlkampffinanzierung²⁷ aufgrund ihrer starken öffentlich-rechtlichen Prägung nach wie vor dem konventionsrechtlichen Justizgewährleistungsanspruch entzogen sein.²⁸

III. Die Garantie eines rechtsstaatlichen Verfahrens nach Art. 6 Abs. 1 EMRK

Handelt es sich um eine zivilrechtliche Streitigkeit im Sinne von Art. 6 Abs. 1 EMRK, sind die Garantien zu beachten, die die Vorschrift auflistet. Diese Garantien betreffen sowohl die

²⁰ EGMR, Urt. v. 29.5.1986, Beschwerdenr. 8562/79, Rn. 26-40 – Feldbrugge/Niederlande; ebenso Urt. v. 29.5.1986, Beschwerdenr. 9384/81, Rn. 60-74 – Deumeland/Deutschland zur gesetzlichen Unfallversicherung.

²¹ EGMR, Urt. v. 26.7.2012, Beschwerdenr. 38773/05, Rn. 144 – Savitsky/Ukraine.

²² EGMR, Urt. v. 10.11.2004, Beschwerdenr. 46117/99, Rn. 133 – Taşkin/Türkei; einen Überblick über die Breite des Anwendungsfeldes gibt EGMR (Große Kammer), Urt. v. 25.9.2018, Beschwerdenr. 76639/11, Rn. 51 – Denisov/Ukraine.

²³ EGMR, Urt. v. 31.7.2012, Beschwerdenr. 45835/05, Rn. 49 – Shapovalov/Ukraine.

²⁴ O. Fn. 18 f.

²⁵ EGMR (Große Kammer), Urt. v. 5.10.2000, Beschwerdenr. 39652/98, Rn. 35-40 – Maaouia/Frankreich.

²⁶ EGMR (Große Kammer), Urt. v. 12.7.2001, Beschwerdenr. 44759/98, Rn. 24-30 – Ferrazzini/Italien.

²⁷ EGMR, Urt. v. 21.10.1997, Beschwerdenr. 24194/94, Rn. 50 f. – Pierre-Bloch/Frankreich.

²⁸ Die Ausnahmen bestätigend EGMR (Große Kammer), Urt. v. 19.4.2007, Beschwerdenr. 63235/00, Rn. 61 – Vilho Eskelinen u.a./Finnland.

Gerichtsorganisation (sogleich zu 2.) als auch das gerichtliche Verfahren (zu 3.). Hinzu kommen implizite Rechte auf Zugang zum Gericht (zu 1.) sowie auf effektive Umsetzung einer gefällten Entscheidung (zu 4.), die der EGMR ebenfalls aus Art. 6 Abs. 1 EMRK abgeleitet hat.

1. Zugang zum Gericht

Der EGMR hat schon 1975 im Fall Golder entschieden, dass Art. 6 EMRK nicht nur Rechte im Verfahren garantiert, sondern auch das Recht auf ein Verfahren. Der Staat muss also für Streitigkeiten i.S.v. Art. 6 EMRK den Rechtsweg eröffnen. Es handelt sich um einen echten Justizgewährleistungsanspruch. Vom Wortlaut her ist diese Auslegung nicht zwingend. Der EGMR sah den Zugang zum Gericht jedoch als Ausdruck des elementaren Prinzips der Herrschaft des Rechts, das die Konvention beherrscht.²⁹ Freilich sind Fristen, Formerfordernisse, Gebührenregelungen und andere Zugangshürden zulässig, solange sie ein berechtigtes Ziel verfolgen und den Zugang zum Gericht nicht unverhältnismäßig erschweren.³⁰

Welcher Rechtsweg eröffnet wird, bleibt freilich dem nationalen Recht überlassen. Die EMRK stellt es den einzelnen Staaten frei, ob sie eine eigene Verwaltungsgerichtsbarkeit einrichten und wie sie ggf. den Verwaltungs- vom Zivilrechtsweg abgrenzen wollen.

2. Anforderungen an die Gerichtsorganisation

Art. 6 Abs. 1 EMRK stellt ausdrücklich verschiedene Anforderungen an die Gerichtsorganisation. Dazu gehört zunächst die Unabhängigkeit des Gerichts. Hier untersucht der EGMR insbesondere das Besetzungsverfahren und die Amtszeit der Richter, bestehende Vorkehrungen für den Schutz gegen äußeren Druck sowie das Erscheinungsbild des Gerichts. Besonders wichtig ist die Unabhängigkeit gegenüber den politischen Organen der ersten und zweiten Gewalt.³¹

Darüber hinaus muss das Gericht unparteilich sein. Es darf also nicht vorurteilsbehaftet oder befangen sein. Dabei kommt es sowohl auf die subjektive Einstellung der einzelnen Richterinnen und Richter an als auch darauf, ob das Gericht durch seine Zusammensetzung objektiv den Schein der Parteilichkeit ausschließt.³² Der EGMR betont, dass es darauf ankomme, schon den bloßen Anschein einer Befangenheit zu verhindern, da das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Justiz auf dem Spiel stehe.³³ Zudem greifen Unabhängigkeit und Unparteilichkeit ineinander: Ist ein Gericht von der Exekutive abhängig, begünstigt dies den Schein der Befangenheit und umgekehrt. Der EGMR neigt daher dazu, Unabhängigkeit und Unparteilichkeit zusammen zu prüfen.³⁴

²⁹ EGMR, Urt. v. 21.2.1975, Beschwerdenr. 4451/70, Rn. 28-36, Golder/Vereinigtes Königreich.

³⁰ Dazu Grabenwarter/Pabel (Fn. 13), § 24 Rn. 53 ff.; s. auch EGMR, Urt. v. 30.5.2013, Beschwerdenr. 49069/11, Rn. 31 – Nataliya Mikhaylenko/Ukraine; Urt. v. 8.12.2016, Beschwerdenr. 24003/07, Rn. 32 f. – Frida, LLC/Ukraine.

³¹ EGMR, Urt. v. 9.1.2013, Beschwerdenr. 21722/11, Rn. 103 – Oleksandr Volkov/Ukraine; (Große Kammer), Urt. v. 25.9.2018, Beschwerdenr. 76639/11, Rn. 60 – Denisov/Ukraine; als Beispiel unzulässiger Einflussnahme s. EGMR, Urt. v. 25.7.2002, Beschwerdenr. 48553/99, Rn. 80 – Sovtransavto Holding/Ukraine.

³² EGMR, Urt. v. 9.1.2013, Beschwerdenr. 21722/11, Rn. 104 – Oleksandr Volkov/Ukraine; (Große Kammer), Urt. v. 25.9.2018, Beschwerdenr. 76639/11, Rn. 61 – Denisov/Ukraine.

³³ EGMR, Urt. v. 9.1.2013, Beschwerdenr. 21722/11, Rn. 106 – Oleksandr Volkov/Ukraine; (Große Kammer), Urt. v. 25.9.2018, Beschwerdenr. 76639/11, Rn. 63 – Denisov/Ukraine.

³⁴ EGMR, Urt. v. 9.1.2013, Beschwerdenr. 21722/11, Rn. 107 – Oleksandr Volkov/Ukraine; Urt. v. 26.6.2018, Beschwerdenr. 10640/05, Rn. 150 – Industrial Financial Consortium Investment Metallurgical Union/Ukraine; s. auch Grabenwarter/Pabel (Fn. 13), § 24 Rn. 41.

Überdies muss das Gericht auf Gesetz beruhen. Diese Garantie bezieht sich nicht nur auf die Errichtung des Gerichts an sich, sondern auch auf seine konkrete Besetzung.³⁵ Auf diese Weise wird das Gericht insbesondere vor willkürlichen Besetzungsentscheidungen der Exekutive geschützt.³⁶ Wird beispielsweise ein Richter unter Missachtung nationaler Verfahrensvorschriften seines Amtes enthoben, begründet schon die bloße Verletzung nationalen Rechts einen Verstoß gegen Art. 6 EMRK. Die Notwendigkeit einer gesetzlichen Grundlage für die Gerichtsorganisation sichert letztlich auch die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit des Gerichts.³⁷

3. Anforderungen an das Verfahren

Das Verfahren muss nach Art. 6 Abs. 1 EMRK zunächst „fair“ sein. Diese elementare Anforderung stellt die amtliche Überschrift zu Art. 6 Abs. 1 EMRK als Oberbegriff in den Vordergrund, auch wenn sie nach dem Text der Vorschrift nur eine von mehreren Anforderungen ist.

Fairness im Verfahren hat viele Facetten. Ein wichtiges Element ist der Grundsatz der Waffengleichheit.³⁸ Im Verwaltungsprozess müssen sich Bürger und Verwaltung auf Augenhöhe als gleichberechtigte Prozessparteien begegnen. Jede Seite muss also ihre Sache gleichermaßen einschließlich möglicher Beweise präsentieren können. Zur Gleichberechtigung gehört zudem, dass ein etwaiger Informationsvorsprung der Verwaltung abgebaut werden muss. Damit umfasst das faire Verfahren grundsätzlich ein Recht auf Akteneinsicht. Ist das Gericht verpflichtet, den Sachverhalt auch unabhängig vom Vorbringen der Parteien und von deren Beweisanträgen von Amts wegen aufzuklären, hilft dies zusätzlich, einen Informationsvorsprung der Verwaltung auszugleichen und damit Waffengleichheit herzustellen. Allerdings gebietet Art. 6 EMRK keine Amtsermittlung.

Zum fairen Verfahren gehört auch der Anspruch auf Gewährung rechtlichen Gehörs, der in Deutschland in Art. 103 Abs. 1 GG verankert ist.³⁹ Dafür muss der Betroffene die Informationen erhalten, die für eine sachgemäße Rechtsverfolgung erforderlich sind, und das Gericht muss ihm Gelegenheit geben, seinen Standpunkt selbst oder durch einen Rechtsvertreter darzulegen. Während der Grundsatz der Waffengleichheit die Rechte der Bürger im Verhältnis zu den rechtlichen Möglichkeiten der Verwaltung bestimmt, verlangt der Grundsatz des rechtlichen Gehörs, dass dem Bürger unabhängig von der rechtlichen Stellung der Verwaltung die Möglichkeit gegeben wird, seine Sache zu vertreten. Das kann je nach den Umständen des Einzelfalls die persönliche Anwesenheit des Klägers erforderlich machen. Überdies gehört zu einem fairen Verfahren, dass das Gericht seine Entscheidung grundsätzlich begründen muss, damit diese nachvollziehbar wird.⁴⁰ Aus dem Recht auf ein faires Verfahren folgt freilich kein Anspruch auf eine inhaltlich richtige Entscheidung. Unfair ist das Verfahren nur, wenn die Entscheidung als willkürlich oder offensichtlich unangemessen erscheint.⁴¹ Es ist auch nicht erforderlich, dass das Gericht in seiner Begründung jedes klägerische Argument im Detail

³⁵ EGMR, Urt. v. 9.1.2013, Beschwerdenr. 21722/11, Rn. 151 – Oleksandr Volkov/Ukraine.

³⁶ S. EGMR, Urt. v. 9.1.2013, Beschwerdenr. 21722/11, Rn. 150 – Oleksandr Volkov/Ukraine.

³⁷ S. auch *Grabenwarter/Pabel* (Fn. 13), § 24 Rn. 42.

³⁸ Dazu EGMR, Urt. v. 27.6.2017, Beschwerdenr. 70329/12 u.a., Rn. 36 f. – Lazarenko u.a./Ukraine; Urt. v. 3.10.2017, Beschwerdenr. 18656/13, Rn. 36 – Viktor Nazarenko/Ukraine; *Grabenwarter/Pabel* (Fn. 13), § 24 Rn. 67.

³⁹ Dazu *Grabenwarter/Pabel* (Fn. 13), § 24 Rn. 72.

⁴⁰ S. *Grabenwarter/Pabel* (Fn. 13), § 24 Rn. 76.

⁴¹ EGMR (Große Kammer), Urt. v. 5.2.2015, Beschwerdenr. 22251/08, Rn. 61-65 – Bochan/Ukraine (Nr. 2).

analysiert; es darf aber einen wesentlichen Aspekt nicht vollkommen ignorieren, wenn sich die Kläger darauf berufen haben.⁴²

Der EGMR sieht die Garantie eines fairen Verfahrens im Lichte des Grundprinzips der Herrschaft des Rechts und leitet daraus auch ein Gebot der Rechtssicherheit ab. Das bedeutet, dass rechtskräftige Entscheidungen grundsätzlich Bestand haben müssen. Ein Wiederaufnahmeverfahren zulasten des Bürgers ist deshalb nur unter engen Voraussetzungen zulässig, wenn die rechtskräftige Entscheidung fundamentale Fehler aufweist. Allein die Möglichkeit, dass das Gericht falsch entschieden hat, rechtfertigt noch keine Durchbrechung der Rechtskraft.⁴³ Auch widerspricht es dem Grundsatz der Rechtssicherheit, wenn der Staatsanwaltschaft oder einem anderen Vertreter des öffentlichen Interesses die Befugnis verliehen wird, nach eigenem Ermessen unbefristet Einspruch gegen eine letztinstanzliche Entscheidung einzulegen, und die Rechtskraft auf diese Weise dauerhaft in der Schwebe bleibt.⁴⁴

Darüber hinaus muss grundsätzlich öffentlich verhandelt werden. Das setzt eine mündliche Verhandlung voraus, weil eine öffentliche Anhörung im schriftlichen Verfahren nicht möglich ist. Art. 6 Abs. 1 EMRK gibt dem Kläger also einen Anspruch auf eine mündliche Verhandlung. Freilich reicht eine einzige mündliche Verhandlung im Instanzenzug unter Umständen aus. Wurde in erster Instanz mündlich verhandelt, kann in der Rechtsmittelinstanz gegebenenfalls auf eine mündliche Verhandlung verzichtet werden. Umgekehrt kann in erster Instanz auf eine mündliche Verhandlung verzichtet werden, wenn der Kläger die Möglichkeit hat, in der Berufungsinstanz eine mündliche Verhandlung zu erzwingen.⁴⁵ Zudem dient die mündliche Verhandlung vor allem dem Schutz der Parteien, die die Möglichkeit erhalten sollen, ihre Sache dem Gericht persönlich vorzutragen oder vortragen zu lassen. Daher könnten die Parteien auf ihr Recht auf eine mündliche Verhandlung grundsätzlich im konkreten Fall verzichten.

Das grundsätzliche Gebot, mündlich zu verhandeln, spricht dafür, die nationale Gewichtsbarkeit so zu organisieren, dass der Weg zum zuständigen Gericht für die Bürger nicht allzu weit ist. Im Übrigen liegt die mündliche und öffentliche Verhandlung auch im öffentlichen Interesse. Die Öffentlichkeit ermöglicht Transparenz und stärkt damit das Vertrauen in die Justiz: *Justice must not only be done but must be seen to be done.*⁴⁶

Schließlich muss die Sache innerhalb angemessener Frist behandelt und rechtskräftig entschieden werden. Dabei stellt der EGMR auf die gesamte Zeitspanne von der Klage bis zur rechtskräftigen gerichtlichen Entscheidung ab.⁴⁷ Verfolgt ein Kläger in Deutschland einen Anspruch im Sinne von Art. 6 EMRK mit der Verfassungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht weiter, muss auch hier in angemessener Frist entschieden werden.⁴⁸ Welche Frist angemessen ist, hängt von den Umständen des Einzelfalles ab. Zu berücksichtigen sind das

⁴² EGMR, Urt. v. 18.7.2006, Beschwerdenr. 63566/00, Rn. 23-25 – Pronina/Ukraine; Urt. v. 26.1.2017, Beschwerdenr. 42788/06, Rn. 101-103 – Surikov/Ukraine.

⁴³ Grundlegend EGMR (Große Kammer), Urt. v. 28.10.1999, Beschwerdenr. 28342/95, Rn. 61 f. – Brumărescu/Rumänien; s. auch EGMR, Urt. v. 26.6.2018, Beschwerdenr. 10640/05, Rn. 146 f. – Industrial Financial Consortium Investment Metallurgical Union/Ukraine.

⁴⁴ EGMR, Urt. v. 25.7.2002, Beschwerdenr. 48553/99, Rn. 74 – Sovtransavto Holding/Ukraine.

⁴⁵ S. im einzelnen *Grabenwarter/Pabel* (Fn. 13), § 24 Rn. 107-110.

⁴⁶ So im Rahmen von Art. 6 Abs. 1 EMRK wenngleich in etwas anderem Zusammenhang auch EGMR, Urt. v. 17.1.1970, Beschwerdenr. 2689/65, Rn. 31 – Delcourt/Belgien.

⁴⁷ S. im Überblick *Grabenwarter/Pabel* (Fn. 13), § 24 Rn. 81.

⁴⁸ S. EGMR (Große Kammer), Urt. v. 16.9.1996, Beschwerdenr. 20024/92, Rn. 39-41 – Süßmann/Deutschland.

Verhalten des Klägers, das Verhalten der staatlichen Instanzen sowie die Bedeutung der Sache für den Kläger und ihre Komplexität.⁴⁹ Ist ein Gericht kurzfristig überlastet, kann dies eine längere Verfahrensdauer rechtfertigen. Sind Gerichte jedoch strukturell überlastet, verletzt der Staat seine Verantwortung, für ein ordnungsgemäßes Funktionieren seiner Gerichtsbarkeit zu sorgen.⁵⁰ Die lange Verfahrensdauer kann dann nicht gerechtfertigt werden.

4. Erfordernis einer effektiven Urteilsumsetzung

Schließlich reicht es nicht aus, dass der Kläger gegebenenfalls ein für ihn günstiges Urteil bekommt, das schließlich rechtskräftig wird. Vielmehr muss er auch tatsächlich das erhalten, was ihm zugesprochen wird. Spricht ihm das Gericht eine Entschädigung zu, muss ihm diese ausgezahlt werden. Verurteilt das Gericht den Staat, die Hauptverkehrsstraße vor der Haustür des Klägers für ältere Dieselfahrzeuge zu sperren, um Feinstaubemissionen zu drosseln, muss der Staat tatsächlich die entsprechenden Verkehrszeichen aufstellen. Das Recht auf effektive Urteilsumsetzung wird zwar in Art. 6 EMRK nicht ausdrücklich genannt. Das Recht auf ein ordnungsgemäßes Gerichtsverfahren wäre aber illusorisch, wenn ergangene Urteile nicht umgesetzt werden müssten. Dies hat der EGMR 1997 in der Sache *Hornsby/Griechenland* erstmals herausgearbeitet,⁵¹ und er hat dabei ähnlich argumentiert wie 1975 im Fall *Golder*, als es um den Zugang zum Gericht ging.⁵² Wie im Fall *Golder* bezog er sich auch im Fall *Hornsby* auf das tragende Konventionsprinzip der Herrschaft des Rechts.

Derzeit scheint die mangelnde Umsetzung ergangener Urteile in der Ukraine ein strukturelles Problem darzustellen. Der EGMR hat sie deshalb wiederholt verurteilt. Die größte Berühmtheit haben die Urteile in der Sache *Ivanov*⁵³ aus dem Jahr 2009 sowie in der Sache *Burmych u.a.*⁵⁴ aus dem Jahr 2017 erlangt.

IV. Die Rechtsbehelfsgarantie des Art. 13 EMRK

Auch dort, wo Art. 6 Abs. 1 EMRK unanwendbar ist,⁵⁵ kann Art. 13 EMRK einen Rechtsbehelf garantieren.⁵⁶ Das gilt insbesondere im Ausländerrecht. Dabei ist zu beachten, dass Art. 13 EMRK ein akzessorisches Verfahrensrecht ist. Die Garantie greift nur dann ein, wenn die Verletzung eines anderen Konventionsrechts gerügt wird und zumindest möglich erscheint. Bei Ausweisung und Abschiebung ist das durchaus realistisch: Eine aufenthaltsbeendende Maßnahme kann dem Recht auf Achtung des Familienlebens aus Art. 8 EMRK widersprechen, wenn der Betroffene im Aufenthaltsstaat starke familiäre Bindungen besitzt.⁵⁷ Zudem verstößt eine Abschiebung gegen Art. 3 EMRK, wenn dem betroffenen Ausländer im anderen Staat Folter, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung droht.⁵⁸ Macht der Ausländer ein

⁴⁹ Im Überblick *Grabenwarter/Pabel* (Fn. 13), § 24 Rn. 82.

⁵⁰ Dazu *Grabenwarter/Pabel* (Fn. 13), § 24 Rn. 84 f.

⁵¹ EGMR, Urt. v. 19.3.1997, Beschwerdenr. 18357/91, Rn. 40 f. – *Hornsby/Griechenland*.

⁵² O. Fn. 29.

⁵³ EGMR, Urt. v. 15.10.2009, Beschwerdenr. 40450/04, Rn. 51-57 – *Yuriy Nikolayevich Ivanov/Ukraine*;

⁵⁴ EGMR (Große Kammer), Urt. v. 12.10.2017, Beschwerdenr. 46852/1 u.a., Rn. 143 ff. – *Burmych u.a./Ukraine*.

⁵⁵ S. o. zu II 3 a.E.

⁵⁶ Dazu umfassend *Dagmar Richter*, Das Recht auf wirksame Beschwerde, in: Oliver Dörr/Rainer Grote/Thilo Marauhn (Hrsg.), EMRK/GG, Konkordanzkommentar, 2. Aufl. 2013, Bd. 2, Kap. 20.

⁵⁷ Grundlegend EGMR, Urt. v. 2.8.2001, Beschwerdenr. 54273/00, Rn. 48 – *Boultif/Schweiz*; (Große Kammer), Urt. v. 18.10.2006, Beschwerdenr. 46410/99, Rn. 57 f. – *Üner/Niederlande*.

⁵⁸ S. nur EGMR (Große Kammer), Urt. v. 21.1.2011, Beschwerdenr. 30696/09, Rn. 365 – *M.S.S./Belgien und Griechenland*.

entsprechendes konventionsrechtliches Abschiebungshindernis geltend, muss ihm nach Art. 13 EMRK eine wirksame Beschwerde offenstehen.⁵⁹

Allerdings finden die organisations- und verfahrensrechtlichen Vorgaben des Art. 6 Abs. 1 EMRK bei Art. 13 EMRK keine Anwendung. Insbesondere ist kein gerichtlicher Rechtsschutz geboten. Vielmehr reicht es aus, wenn der Betroffene die Gelegenheit erhält, den Konventionsverstoß vor einer Verwaltungsbehörde geltend zu machen. Freilich muss die Beschwerde effektiv sein. Die angerufene Stelle muss also tatsächlich und rechtlich in der Lage sein, die Konventionsverletzung abzustellen oder wiedergutzumachen.⁶⁰ Droht dem Betroffenen ein irreparabler Schaden, weil er etwa nach einer Abschiebung im anderen Staat gefoltert werden könnte, ist der Rechtsbehelf nur effektiv, wenn er aufschiebende Wirkung entfaltet.⁶¹ Vor der Abschiebung muss also mindestens eine vorläufige Prüfung durch ein Gericht abgewartet werden. Macht der Ausländer, der abgeschoben werden soll, hingegen eine Verletzung seines Familienlebens gelten, gebietet Art. 13 EMRK regelmäßig keine aufschiebende Wirkung, weil sich die Trennung von der Familie rückgängig machen lässt, wenn seine Beschwerde Erfolg hat.⁶²

Art. 13 EMRK findet im Übrigen auch innerhalb des gerichtlichen Verfahrens Anwendung: Verstößt ein Gericht gegen die Vorgaben des Art. 6 EMRK, muss das nationale Recht eine Beschwerde vor einer nationalen Instanz vorsehen. So hat der EGMR 2006 Deutschland verurteilt, weil das deutsche Recht bis dahin keinen effektiven Rechtsbehelf bei überlanger Verfahrensdauer vorsah.⁶³ Die deutsche Gesetzgebung hat darauf schließlich mit der Einführung eines Entschädigungsanspruchs und einer sog. Verzögerungsrüge in § 198 Gerichtsverfassungsgesetz reagiert.

Ähnliche Probleme stellen sich bei der mangelhaften Urteilsumsetzung in der Ukraine. Die Nichtbeachtung ergangener Gerichtsentscheidungen verstößt nicht nur, wie gesehen, gegen Art. 6 EMRK. Vielmehr wird auch Art. 13 EMRK missachtet, weil das ukrainische Recht derzeit keinen effektiven Rechtsbehelf gegen die Verletzung von Art. 6 EMRK bereitstellt.⁶⁴

⁵⁹ EGMR (Große Kammer), Urt. v. 15.12.2016, Beschwerdenr. 16483/12, Rn. 268-271 – Khlaifia u.a./Italien.

⁶⁰ S. EGMR (Große Kammer), Urt. v. 26.10.2000, Beschwerdenr. 30210/96, Rn. 157 f. – Kudła/Polen; Urt. v. 15.1.2009, Beschwerdenr. 33509/04, Rn. 97-99 – Burdov/Russland (Nr. 2).

⁶¹ EGMR, Urt. v. 3.10.2017, Beschwerdenr. 8675/15 u.a., Rn. 115 – N.D. und N.T./Spanien.

⁶² Allerdings haben Ausländer, die sich rechtmäßig im Inland aufhalten, gemäß Art. 1 des 7. Zusatzprotokolls zur EMRK vom 22.11.1984 im Falle der Ausweisung grundsätzlich Anspruch auf einen Rechtsbehelf mit aufschiebender Wirkung. Diese zusätzliche Verfahrensgarantie gilt für die Ukraine, nicht aber für Deutschland, das das 7. Zusatzprotokoll nicht ratifiziert hat. S. die Nachweise in der Vertragssammlung des Europarates (Fn. 3), wo das Protokoll unter der Nr. 117 geführt wird.

⁶³ EGMR (Große Kammer), Urt. v. 8.6.2006, Beschwerdenr. 75529/01, Rn. 98-116 – Sürmeli/Deutschland.

⁶⁴ EGMR, Urt. v. 15.10.2009, Beschwerdenr. 40450/04, Rn. 64-70 – Yuriy Nikolayevich Ivanov/Ukraine.